

SAZ

Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Nach Redaktionsschluss:

Reichstag aufgelöst?

WTB meldet:

Der Reichstag wurde heute durch eine Ver-
ordnung Hitlers aufgelöst. Neuwahlen fin-
den wahrscheinlich am 5. März statt.

5000 marschieren in Breslau

Neue Mahnung der SAP

Minderheitskabinett Daladier

Begegnung mit Tai-Nu

Sozialistische Arbeiter-Partei und Bauern

Das Regierungsprogramm wird sichtbar

Hugenberg als Verwalter der Sozialversicherung — Seldte als zweiter Wehrminister — Fortsetzung der Wirtschaftspolitik Papens — Ermächtigungsgesetz

Die ersten Pläne der Regierung Hitler-Hugenberg werden jetzt bereits deutlich sichtbar. Der Kurs schärfster Sozialreaktion, der von diesem Kabinett mit Sicherheit zu erwarten ist, kündigt sich vor allem in den Maßnahmen an, die für das Ressort des Reichsarbeits-Ministeriums geplant sind. Es besteht die Absicht, gemäß den Plänen Hugenbergs die wichtigste Abteilung des Reichsarbeitsministeriums,

die Abteilung für Tarifwesen und Sozialversicherung, dem Wirtschafts-Ministerium und damit dem Minister Hugenberg zu unterstellen.

Was das bedeutet, welche Gefahren damit den letzten Resten der Sozialversicherung drohen, wird jedem Arbeiter unmittelbar einleuchten. Es zeigt sich, wie berechtigt unsere gestrige Feststellung war, daß in der neuen Regierung der Einfluß Hugenbergs und seiner engsten Freunde überwiegt.

Der sogenannte Reichsarbeitsminister Seldte wird dann, wie die Hugenbergpresse berichtet, dem alten Ziele des Stahlhelms entsprechen,

ein Minister für Arbeitsdienst und Jugendertüchtigung

sein. Ueber die weiteren in dieser Richtung liegenden Pläne schreibt die stets sehr gut informierte deutschnationale „Schlesische Zeitung“:

„Das Ziel der Regierung ist es, aus dem freiwilligen Arbeitsdienst langsam eine Arbeitsdienstpflicht werden zu lassen, und die nächste Sorge wird es sein, den bestehenden freiwilligen Arbeitsdienst zu einer Schulung für die erforderlichen Leiter und Vorgesetzten im Rahmen der späteren Arbeitsdienstpflicht werden zu lassen. Gleichzeitig wird im Zusammenhang mit den Reorganisationsplänen unserer Wehrverfassung der Minister Seldte die deutsche Jugendertüchtigung vertiefen und ausbauen. Das jetzt dem Reichsinnenministerium unterstellte Reichskuratorium für Jugendertüchtigung dürfte voraussichtlich dem Arbeitsminister Seldte unterstellt werden.“

Mit diesen Plänen, die an Eindeutigkeit nichts mehr zu wünschen übrig lassen, wird all das bestätigt, was wir immer und immer wieder über die umfassenden Aufrüstungspläne der deutschen Bourgeoisie geschrieben haben. Vor Monaten schon meldete die „SAZ“, daß der Plan bestünde, den Stahlhelmführer Seldte an die Spitze eines Ministeriums zu stellen, das zu einem zweiten Wehrministerium ausgebaut werden sollte. Jetzt wird dieser Plan verwirklicht. Die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges erfordert nach den Gesetzen der modernen Kriegstechnik neben der Durchbildung eines Berufsheeres (Reichswehr) die halb-militärische Ausbildung der Massen der Bevölkerung. Nach diesen Erkenntnissen wird jetzt von der Regierung Hitler-Hugenberg-Seldte gehandelt.

In dieser Richtung liegen auch die nächsten personellen Pläne der Reichsregierung. Der bisherige Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Dr. Grieser ist auf Anweisung Seldtes hin zurückgetreten. Als sein Nachfolger ist Hauptmann a. D. Ausfeld, einer der Führer des Stahlhelms, in Aussicht genommen.

Daneben besteht der Plan, ein besonderes Reichskommissariat für Arbeitsrecht zu schaffen und dieses dem deutschnationalen Oberbürgermeister Dr. Gördeler zu übertragen. Gördeler ist durch seine Tätigkeit in Leipzig und als sogenannter Preisüberwachungs-Kommissar als besonders reaktionär bekanntgeworden. Es zeigt sich auch hier, daß die NSDAP ohne jede Rücksicht auf die Interessen ihrer proletarischen Wähler-

schichten die wichtigsten Positionen den reaktionärsten Deutschnationalen ausliefert.

Ebenso vielsagend ist es, wenn die Hugenbergpresse melden kann, daß die allgemeine wirtschaftspolitische Linie des Kabinetts eine Fortsetzung der Wirtschaftspolitik der Regierung Papens darstellen werde. Um die letzten Widerstände gegen einen solchen, auch vor einer neuen Inflation nicht zurückschreckenden Kurs zu beseitigen, werden alle Anstrengungen gemacht, den Reichsbank-Präsidenten Dr. Luther aus seinem Amt zu entfernen. Wenn es gelingt, Dr. Luther, dessen Absetzung verfassungsrechtlich nicht ganz einfach ist, zum Rücktritt zu zwingen, so gilt die Regierung Dr. Schacht zum Nachfolger als sicher.

Außerdem besteht die Absicht, den früheren Staatssekretär Schmid, der der Vertrauensmann der westlichen Schwerindustrie ist, als Staatssekretär in das Reichsministerium des Innern zu berufen und damit auch dieses Ministerium, an dessen Spitze bekanntlich Dr. Frick steht, der unmittelbaren Kontrolle der Schwerindustrie zu unterstellen.

Von den Reichskommissaren in Preußen soll der kommissarische Volksbildungs-Minister Kaehler, der nicht alle nationalsozialistischen Wünsche erfüllt hat, durch den nationalsozialistischen Studienrat Rust aus Hannover ersetzt werden.

Die preußischen Wirtschafts-Ministerien will Hugenberg persönlich mitverwalten. Sein Staatssekretär für Preußen soll der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Willikens werden.

Die preußischen Wirtschafts-Ministerien will Hugenberg persönlich mitverwalten. Sein Staatssekretär für Preußen soll der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Willikens werden.

Gewaltige Demonstration der Dresdner Arbeiter

Die Wirkung der Dresdener Blutnacht auf die Arbeiterschaft kam zum Ausdruck in einer Riesendemonstration am Tage der Beisetzung der erschossenen Arbeiter. 35 000 Arbeiter (nach anderen Schätzungen, z. B. des Korrespondenten der demokratischen „Berliner Volkszeitung“ sogar 40 000) im Demonstrationszuge, Zehntausende im Spalier, bekundeten Teilnahme Protest und Kampfeswillen in einem.

Dresden stand an diesem Tage unter dem Eindruck dieser Massenkundgebung.

In den Mittagsstunden setzten sich die Bataillone der Arbeiter, aus dem Westen und der Innenstadt kommend, in Bewegung, gaben der inneren Stadt das Gepräge ihres Demonstrationswillens (die Polizei hatte nur unbedeutende Außenstraßen zur Demonstration freigegeben), strömten in sich stauenden Zügen dem im Osten gelegenen Johannisfriedhof zu.

Obwohl es weder die KPD noch der ADGB für notwendig erachtet hatten, Verhandlungen über die Durchführung einer gemeinsamen Kundgebung einzuleiten, ja die KPD für die von ihr angesetzte Demonstration wiederum die anderen Organisationen nicht eingeladen hatte, formierten sich die Tausende zu diesem Marsch,

wurde die Demonstration eine machtvolle Einheitsfrontaktion des Dresdner Proletariats.

In zweieinhalb Stunden während dem Vorbeimarsch an den Särgen, die die Opfer bargen, kamen in geschlossenen Zügen die Arbeiter der Antifa, der Eisernen Front und die Angehörigen vieler

Welche Stellung die neue Reichsregierung zum Reichstage einnehmen wird, ist noch unentschieden, weil vorläufig

die Haltung des Zentrums und damit die Frage der Mehrheitsverhältnisse im Parlament noch ungeklärt

ist. Selbst wenn das Zentrum sich zur Tolerierung der Regierung und damit zur Ablehnung der Mißtrauensanträge entschließt, bleibt eine weitere Konfliktsmöglichkeit zwischen Regierung und Parlament. Der Reichsinnenminister Dr. Frick hat nämlich angekündigt, daß die Reichsregierung vom Reichstage ein Ermächtigungsgesetz fordern werde, um während einer langfristigen Vertagung des Parlaments die Möglichkeit zu allen notwendigen Maßnahmen zu haben.

Zu einem solchen Ermächtigungsgesetz wäre ohne Zweifel eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig, die aber auf keinen Fall für die Regierung Hitler-Hugenberg zustandekommen würde.

Nach Pressemeldungen würde die Regierung dann den Reichstag auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Jedoch ist über diese Fragen bestimmt noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Alles in allem zeigen diese Pläne der Reichsregierung, welche ungeheuren Gefahren den werktätigen Massen drohen. Es ist daher verhängnisvoll, in diesem Stadium wiederum abzuwarten und den Kämpfen auszuweichen.

Ohne Zögern muß die gesamte Arbeiterklasse zum schärfsten Kampf gegen diese Regierung mobilisiert werden!

anderer proletarischer Organisationen. Mit großer Begeisterung wurde insbesondere die Teilnahme des Sozialistischen Schutzbundes, der SAP und des SJV von den am Zuge beteiligten und den Spalier bildenden Arbeitern aufgenommen. So wurde in Dresden durch das Beispiel bewiesen, daß die einheitliche Aktion der Arbeiter das einzige Mittel ist, proletarischen Einfluß geltend zu machen.

Die nach dem Vorbeimarsch der Arbeiter erfolgte Beisetzung von sieben Toten in einem gemeinsamen Grabe erhielt ein besonders weiheliches Gepräge durch viele Fahnen und zahllose Kranzspenden der Organisationen und Betriebe. Ein KPD-Genosse sprach hier im Auftrag des ZK und ermahnte, die sich steigernde faschistische Gefahr mit gesteigerter Aktivität der Arbeiter zu beantworten. Ein weiterer Redner sprach für die Rote Hilfe und der SPD-Stadtverordnete Franke überbrachte die Teilnahme-kundgebung der Eisernen Front.

Genosse Liebermann sprach für den SSB, die SAP und den SJV

und verließ der Teilnahme und dem Protest unserer Genossen Ausdruck. Er verwies jedoch zugleich auf die erste Mahnung, die das Blutopfer dieser Arbeiter bringt:

die Arbeiterfront gegen den Faschismus zu bilden!

Das Totengeleit hat uns in einer Front gefunden, sorgen wir dafür, daß die notwendige proletarische Aktion uns in der gleichen Einmütigkeit dem Gegner gegenüber sieht!

Sträfliche Passivität der SPD und des ADGB

Hitler Reichskanzler, Hugenberg Wirtschafts- und Ernährungsminister, Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Kann es da für einen Sozialisten, für wirkliche Arbeiterführer noch einen Zweifel geben, was diese Regierung macht? Gewiß nicht. Jeder, auch die SPD- und ADGB-Führer, wissen, daß diese Regierung alles nur Mögliche unternimmt, um die Arbeiterklasse und alle ihre Organisationen niederzuschlagen, zu vernichten, und den blutigsten Terror, Streikverbot, Zerschlagung der Tarife und, wie an anderer Stelle des Blattes schon gemeldet, die Arbeitsdienstpflicht unter der direkten Diktatur Hugenbergs bringen wird.

Wenn es also einen Augenblick gab, in dem die ganze Arbeiterklasse mit allen ihren Organisationen den sofortigen Kampf mit Einsatz aller verfügbaren Mittel aufnehmen muß, so jetzt. Wenn überhaupt, so wäre jetzt der Augenblick gekommen, in dem die SPD und der ADGB ihre in den letzten Jahren so oft gebrauchten Worte: „Wir werden unsere Kräfte für die Stunde der Gefahr aufbewahren, um sie dann in voller Stärke einzusetzen“ wahr machen mußten.

Was aber nun und sagen sie jetzt, nachdem das Hitler-Kabinett ernannt ist?

Ihre Losung ist: „Ruhe, Disziplin, keine schädlichen Einzelaktionen, Organisation — nicht Demonstration!“ Das heißt mit einem Wort: Völlige Passivität, nichts tun, nicht kämpfen. Die Warnung vor „vor-eiligen Einzelaktionen“ ist um so hinterhältiger, als es die ADGB- und SPD-Instanzen ablehnen, mit den übrigen Arbeiterparteien und Organisationen zwecks gemeinsamen Vorgehens zu verhandeln.

Zeigten schon die gestrigen Aufrufe der SPD und der Gewerkschaftsspitzen (zusammen mit den Christlichen und Hirsch-Duncker) die völlige Passivität, so beweisen die gestrigen Tagungen der SPD- und ADGB-Vorstände ein geradezu sträfliches Preisgeben der Arbeiterinteressen. Zur Illustration die nachstehenden, zwar bürgerlichen, aber offensichtlich zutreffenden Meldungen:

„Berlin, 31. Januar. Der sozialdemokratische Parteiaussschuß hielt am Dienstag gemeinsam mit dem Parteivorstand im Reichstag eine Sitzung ab, an der auch Vertreter der Eisernen Front und die Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilnahmen. Der Fraktionsvorsitzende, Dr. Breitscheid, gab ein Bild über die Entwicklung der politischen Lage und bezeichnete die neue Regierung als die reaktionärste, die Deutschland jemals gehabt habe. Die Arbeiterschaft vertraue nicht darauf, daß den Anhängern Hitlers die Augen übergehen würden, sondern sie stehen bereit, um den Abwehrkampf gegen alle verfassungswidrigen Bestrebungen zu führen. Die Opposition der Sozialdemokraten gegen das neue Kabinett sei eine Selbstverständlichkeit. Sie werde sich im übrigen ihre Taktik nicht von den Gegnern vorschreiben lassen, sondern selbst darüber bestimmen, wann und wie sie ihre Kräfte einsetze. (Diese abgedroschene Phrase aller passiven, den Kampf scheuenden Elemente. D. R.) Die Sozialdemokratie habe den Wunsch, in diesem Kampfe in einem guten Verhältnis zu den kommunistischen Arbeitern zu stehen. Die Aussprache beschränkte sich auf Solidaritätserklärungen der der Eisernen Front angeschlossenen Organisationen.“

